

Calmer Tagblatt

Nr. 278

Amts- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

98. Jahrgang.

Ercheinungsweise: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die Zeile 10 Goldpfennige, Familienanzeigen 8 G.-Pf., Reklamen 30 G.-Pf. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. Samstag, den 24. November 1923. Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 176 Milliarden Mf. wöchentlich. Postbezugspreis 176 Milliarden Mf. ohne Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Eine neue Krisis im Innern. Im Reichstag wurde der Regierung mit 230 gegen 155 Stimmen das Vertrauen versagt. Der Verlauf der Sitzung.

Berlin, 23. Nov. Im Reichstag wurden heute weitere Mißtrauensanträge eingebracht und zwar von den Sozialdemokraten und Kommunisten. Reichskanzler Stresemann wünschte Klarheit über Mißtrauen oder Vertrauen zu seiner Politik. Die Demokraten, das Zentrum und die Deutsche Volkspartei kommen dieser Bitte nach und lassen durch den Abg. Scholz (D.V.P.) der Reichsregierung das Vertrauen aussprechen. In der Fortsetzung der Aussprache übt Abg. Erkelenz (Dem.) zunächst Kritik an dem Verhalten des Abg. v. Gräfe und weist dann auf den passiven Widerstand der Franzosen hin, den diese jetzt anstelle des deutschen im Rheinland üben. Ein Wiederaufleben der Großen Koalition könne die Zerküftung des deutschen Volkes am ehesten vermeiden. Vom Rheinland aus gesehen bekämen die bayerischen Vorgänge ein anderes Bild. Je schneller man die Währungsfrage löse, desto rascher bessere sich unsere Wirtschaft. Durch Verhandlungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern müßte eine Neuregelung herbeigeführt werden, durch welche die infolge der Ruhrbesetzung zurückgegangene Produktion im Westen wieder auf die alte Höhe gebracht werde. Nach der Mißbilligung des Verhaltens der rheinischen Industrie und der Warnung vor Entfremdung republikanischer Beamten aus ihren Staatsstellen wendet sich Redner zum Schluß gegen die deutschnationalen Diktaturpläne und empfiehlt das Vertrauensvotum der drei Mittelparteien. Einen kommunistischen Antrag, der die Aufhebung des vom Militärbefehlshaber erlassenen Verbots der KPD. auf die Tagesordnung gesetzt sehen will, wird ohne Widerspruch entworfen, dagegen ein zweiter kommunistischer Antrag auf sofortige Stellungnahme des Reichskanzlers zu dem Verbot abgelehnt. Abgeordneter Leicht (Bayr. Volkspartei) ist mit den Ausführungen des Abg. v. Gräfe nicht einverstanden. Er bezeichnet den Münchener Putsch als einen verbrecherischen Anschlag auf das deutsche Volk und charakterisiert die verschiedenen Ziele der vaterländischen Verbände in Bayern. In den vaterländischen Verbänden seien entschieden zu verurteilen der Klassenkampf und der Klassenhaß. Wenn das völkische Einstellung sein soll, so sei sie mit den Grundsätzen des Christentums unvereinbar. Die Judenfrage sei verwerflich und ungerichtet. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen kennzeichnet er die Nationalsozialistische Bewegung als eine Unart von Realisierern und findet es unverständlich, daß Leute wie Ludendorff es fertig bringen, einer solchen nachzulaufen. Bayern verdiene nun nicht mehr das Lob, die Ordnungszelle im Reich zu sein. Da die Taten der Reichsregierung nicht dem Sinne unseres Antrages auf föderalistischen Ausbau der Verfassung entsprechen, könne seine Partei einem Vertrauensvotum für Stresemann nicht zustimmen. — Reichswehrminister Dr. Gessler glaubt, daß niemand der militärische Ausnahmezustand unangenehmer sei als ihm selbst. Es sei ein Unglück, daß in einer Zeit der Bedrohung von außen im Inneren Bürgerkrieg herrsche. Die Nationalsozialisten und die Kommunisten, die in ihren Zielen so verschieden seien, seien einig in der Anwendung von Gewaltmitteln. Dagegen sei für die Rettung der deutschen demokratischen Republik mit den schärfsten Mitteln anzukämpfen, sei die vornehmste Aufgabe der Reichswehr. Bei dem Kampf gegen die bayerischen Umstürzler hätte man sich auch der Gefahr einer kommunistischen Bedrohung erwehren müssen und deshalb seien aus den Landesregierungen die kommunistischen Mitglieder gewaltsam entfernt worden. Der Sinn der Ernennung des Generals von Seeckt zum Inhaber der vollziehenden Gewalt sei der gewesen, daß um die deutsche Republik gekämpft werde und noch nicht die Neigung bestehe, einem Kampf, dem selbst Männer wie Ludendorff die Führung geben, auszuweichen. Hinweisend auf die Entschlossenheit, jeglichen Versuch eines gewaltsamen Umsturzes der Verhältnisse in Deutschland von allen Seiten mit allen Mitteln entgegenzutreten, betont der Wehrminister, daß es sich bei den Beschwörungen aus Sachsen und Thüringen meist um Uebertreibungen und Unrichtigkeiten handelt. Schließlich erklärt der Reichswehrminister, wo Mißhandlungen und Uebergriffe vorgekommen seien, müßten sie der Staatsanwaltschaft angezeigt werden. — Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) bringt weitere Beschwerden über die Handhabung des militärischen Ausnahmezustandes in Sachsen und Thüringen vor und protestiert gegen das Verbot der kommunistischen Partei. Auch der thüringische Ministerpräsident Frölich beschwert sich über militärische Eingriffe in die thüringische Verwaltung und nimmt die proletarischen Selbstschutzorganisationen in Schutz. — Nach ihm erklärt der kommunistische Abgeordnete Frölich, daß die Kommunisten auf das Verbot ihrer Partei pfiffen, da es von einer Nacht komme, die zerbreche. Nachdem Abgeordneter Wegmann (U.S.P.) gegen die Art, wie der Wehrminister die begründeten Beschwerden Sachsens und Thüringens abgetan habe, protestiert hat, erklärt Abgeordneter Werning (Deutschvölk.), daß ihm jede Hege gegen die Katholiken fernliege. Schließlich erhebt er Protest gegen das Verbot der Deutschvölkischen Freiheitspartei, das mit der Verfassung unvereinbar sei. — Um 7 Uhr tritt eine halbstündige Pause ein, um den Abgeordneten, die an dem Leichenbegängnis Havensteins teilgenommen haben, Gelegenheit zu geben, sich ebenfalls an der Abstimmung über die Vertrauensfrage zu beteiligen. Die Abstimmung ist auf Antrag der Sozialdemokraten namentlich. Die drei Mittelparteien, die den Vertrauensantrag eingebracht haben, die Demokraten, das Zentrum und die Deutsche Volkspartei, stimmen für ihn. Der Bayerische Bauernbund enthält sich der Abstimmung und die Bayerische Volkspartei stimmt mit den übrigen Oppositionsparteien gegen den Vertrauensantrag. Nach der vorläufigen Feststellung des Abstimmungsergebnisses wurden im Ganzen 392 Stimmen abgegeben. Mit „Ja“ stimmten 155, mit „Nein“ 230 Abgeordnete. 7 Abgeordnete enthielten sich der Abstimmung. Das Vertrauensvotum ist damit abgelehnt und die Mißtrauensanträge der Oppositionsparteien dadurch erledigt. Sofort nach Bekanntgabe des Ergebnisses verlassen die Mitglieder des Kabinetts Stresemann den Sitzungssaal. Es folgen weitere Abstimmungen und zwar über die Anträge der Sozialdemokraten und der Kommunisten auf Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes. Die Anträge werden mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien abgelehnt, ebenso im Sammelsprung mit 193 gegen 166 Stimmen ein kommunistischer Antrag auf Hochverratsanzeige gegen die Beteiligten am Münchener Putsch, insbesondere gegen Kahr, Lossow, Ludendorff, Seißer und Hitler. Nachdem Abgeordneter Petersen (Dem.) zu der letzteren Abstimmung noch erklärt hatte, daß auch diejenigen, die gegen den Antrag gestimmt haben, wünschen, daß mit aller Schärfe gegen die Hochverräter eingeschritten werde und daß sie nur hätten vermeiden wollen, daß ein politisches Parlament in die Justiz eingreife, wird auch der kommunistische Antrag auf Aufhebung des Verbotes der kommunistischen Partei gegen die Stimmen der Kommunisten und der meisten Sozialdemokraten abgelehnt. — Die nächste Sitzung wird, wie Präsident Loebe mittelt, von ihm anberaumt, wenn die Folgen der heutigen Abstimmung beseitigt sind.

Demission der Reichsregierung.

Berlin, 23. Nov. Nach der Abstimmung im Reichstag hat der Kanzler eine kurze Ministerbesprechung abgehalten und sich zum Reichspräsidenten begeben, um ihm die Demission des Gesamtkabinetts zu überreichen.

Annahme der Demission durch den Reichspräsidenten.

Berlin, 24. Nov. Der Reichspräsident hat die Demission des Reichskabinetts entgegengenommen und das Kabinett mit der einstweiligen Fortführung der Geschäfte beauftragt. — Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, ist Reichstagspräsident Loebe gestern Abend zum Reichspräsidenten gerufen worden.

Berlin, 24. Nov. Im Laufe des gestrigen Abends empfing der Reichspräsident den Reichstagspräsidenten und die Führer der Fraktionen der Sozialdemokratie, des Zen-

Neueste Nachrichten.

Der Reichstag hat gestern das von den Koalitionsparteien der Mitte eingebrachte Vertrauensvotum für das Kabinett Stresemann abgelehnt. Der dadurch geschaffene Zustand ist völlig unklar. Die Reichsregierung hat abgedankt, womit wohl bedeutet werden soll, daß an eine Auflösung des Reichstags vorerst nicht gedacht wird. Die Parteiführer werden jetzt mit dem Reichspräsidenten über eine Neubildung, d. h. wohl über eine Erweiterung der Regierung nach links oder nach rechts Rücksprache nehmen. Da die Demokraten eine Erweiterung nach rechts ablehnen, so würde auch für ein rechtsgerichtetes Kabinett keine Mehrheit vorhanden sein. Man spricht daher von einem Beamtenkabinett. Im Interesse unserer auswärtigen Lage ist jedenfalls rascheste Lösung der Krisis notwendig.

Im ganzen Reich sind jetzt die kommunistischen und die deutschvölkischen Parteien aufgelöst worden, ihr Eigentum wurde beschlagnahmt.

Mit französischer Hilfe sehen die Separatisten in der Pfalz — lauter geworbenes Gesindel — ihre Gewalttaten fort. Ludwigschafen wurde besetzt.

Im Reich und im besetzten Gebiet nehmen die Erwerbslosen- und Teurungsunruhen wieder zu.

Die Deutschen Vertreter haben gestern vor der Reparationskommission ihre Ausführungen über die finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands gemacht, unter Betonung des deutschen Standpunktes der Rechtswidrigkeit des Ruhereinbruchs.

Poincaré hat wieder seine üblichen Phrasen zur französischen Reparationspolitik gemacht, die namentlich bezüglich der Unterstützung der Separatisten im Rheinland die Höhe der Forderungen erreicht. Er vertritt den Standpunkt, daß infolge der böswilligen Zahlungsverweigerung seitens Deutschlands die Räumungsrisiken noch nicht laufen. Das Ruhrgebiet werde erst geräumt, wenn die deutschen Reparationen bezahlt würden.

Zwischen den Ruhrindustriellen und den Franzosen soll ein Abkommen über die Wiederaufnahme der Arbeit zustande gekommen sein, dagegen wurden die Verhandlungen hinsichtlich der Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs vorläufig abgebrochen.

trums, der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen Volkspartei, der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei zu einer Besprechung über die Kabinettsbildung. Die Besprechung zog sich bis nach Mitternacht hin.

Die Frage der Neubildung des Reichskabinetts.

Berlin, 24. Nov. Ueber die Neubildung der Reichsregierung werden von den Blättern verschiedene Möglichkeiten angegeben. Es wird für wahrscheinlich erklärt, daß der Reichspräsident zunächst den parlamentarischen Weg beschreiten und die Oppositionsparteien und zwar zuerst eine Persönlichkeit aus dem Lager der Deutschnationalen mit der Neubildung der Regierung beauftragen wird. Es wird aber auch für möglich gehalten, daß der Reichspräsident, ohne den Versuch einer parlamentarischen Lösung zu machen, die Bildung eines Beamtenkabinetts in die Wege leiten wird, als dessen voraussichtlicher Chef der frühere Wiederaufbauminister Albert genannt wird.

Rückwirkung des Mißtrauensvotums auf die preussische Regierung.

Berlin, 23. Nov. Die „Vossische Zeitung“ will wissen, daß für den Fall des Sturzes des Kabinetts Stresemann die Fraktion der Deutschen Volkspartei im preussischen Landtag dem preussischen Ministerpräsidenten von ihrem Auscheiden auf der Regierungskoalition in Preußen Mitteilung machen werde.

Um Ruhr und Rhein.

Die deutschen Vertreter vor der Reparationskommission.

Paris, 24. Nov. Ueber die gestrige Vormittagsitzung der Reparationskommission ist folgendes Communiqué ausgegeben worden: Die Reparationskommission ist heute vormittag um 10 Uhr 15 Min. unter dem Vorsitz Barthous zusammengetreten, um gemäß der Entscheidung vom 13. Nov. die deutschen Vertreter anzuhören. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß die deutsche Regierung die Reparationskommission durch ihre Noten vom 24. Okt. und 2. Nov. mit verschiedenen Fragen befaßt habe. Er forderte die deutschen Vertreter auf, die gewünschten Ausführungen zu den in den Noten aufgeworfenen Fragen zu machen. Im Namen der deutschen Delegation gab Staatssekretär Fischer zunächst einen Überblick über die Notlage Deutschlands auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiet und ihre Ursachen und Rückwirkungen auf die deutsche Leistungsfähigkeit. Er hat den Standpunkt der deutschen Regierung, daß die Ruhrbesetzung rechtswidrig sei, erneut hervorgehoben. Er wies darauf hin, daß nur die Wiederherstellung der Einheit der deutschen Wirtschaft die Finanzen in Ordnung bringen und die Leistungsfähigkeit Deutschlands wieder erwecken könne. Darauf gab der deutsche Delegierte eine eingehende Darlegung der ergriffenen und beabsichtigten Maßnahmen zur Sanierung der Finanzen und der Währung Deutschlands, wie z. B. die Umstellung der Staatseinnahmen auf Gold, die äußerste Einschränkung der Ausgaben unter Zurückdrängung wohlverbodener Rechte und Fürsorgemaßnahmen, sowie die Einstellung der Notenpresse. Er hat darauf auseinandergesetzt, daß die Notwendigkeit, diese Reformen durchzuführen, die deutsche Regierung zu einem Eingreifen in die Sachlieferungsverträge gezwungen habe. Der deutsche Delegierte gab schließlich kurz Kenntnis von dem Inhalt einer von ihm gleichzeitig überreichten Denkschrift zu der belgischen Studie. Er erklärte, daß diese Studie unter den angegebenen allgemeinen Voraussetzungen eine geeignete Grundlage für Verhandlungen zur Lösung des Reparationsproblems bilden könne. Schließlich wies er in eindringlichen Worten auf den ungeheuren Ernst der Stunde hin und appellierte an das Verantwortungsgefühl der Reparationskommission.

Poincaré über die Haltung Frankreichs gegenüber Deutschland.

Neue Heuschrecken — Neue Unversämtheiten.

Paris, 24. Nov. In der gestern fortgesetzten Besprechung der Interpellationen in der Kammer über die auswärtige Politik gab Poincaré einen Rückblick über die Frage der Rückkehr des ehemaligen Kronprinzen, ohne Neues vorzubringen. Sodann verbreitete er sich über die Frage der Sicherheitsbürgschaften und gab eine Uebersicht über die Behandlung dieser Angelegenheit seit 1919. Er betonte, daß alle bisherigen Lösungsversuche unzulänglich gewesen seien. Im weiteren Verlauf seiner Rede besprach Poincaré die jüngsten Verhandlungen zwischen den Alliierten, die sich auf die militärische Kontrolle in Deutschland beziehen und die in der Botschafterkonferenz zum Austrag gebracht wurden. Nach Verlesung der Noten der Botschafterkonferenz an Deutschland erklärte Poincaré: Wir haben es vorgezogen, wenigstens provisorisch etwas von unseren Forderungen abzulassen, um zu verhindern, daß sich unsere Alliierten aus den verschiedensten Organismen, die der Friedensvertrag vorsieht, zurückziehen, und wir haben es vorgezogen, den wahrscheinlichen Bruch zu verhindern. Ich würde es als ein Unglück für England und für Belgien und für den europäischen Frieden ansehen, wenn die Entente zusammenbräche. Ich habe geglaubt, eine Kollektiv-

maßnahme, selbst wenn sie unvollkommen ist, ist mehr wert als eine energische Maßnahme, die man allein ergreift. Die besten Garantien für unsere Sicherheit — und das ist auch die Ansicht unserer Marschälle Foch und Petain — können wir dadurch erlangen, daß wir unsere jetzigen Positionen in den besetzten Gebieten konsolidieren. Frankreich wird das Ruhrgebiet nach der Reparationszahlung Deutschlands räumen. Aber so lange die deutsche Regierung und die deutsche Bevölkerung nicht Beweise eines besseren Geisteszustandes geben, sind wir gezwungen, auf der Hut zu bleiben. Deshalb haben wir hinsichtlich des linken Rheinufers und der Brückenköpfe wiederholt, was alle unsere Regierungen seit 1920 wiederholt haben: Die Besetzungsräume laufen nicht. Wir werden nicht leichtfertig die Sicherheiten aufgeben, die wir in Händen haben. Wir müssen die ersten Ereignisse in Deutschland eingehend überwachen, trotzdem ich nicht glaube, daß sie für uns beunruhigend sind. Poincaré ging alsdann auf die Weimarer Verfassung ein und veruchte zu beweisen, daß die Alliierten keineswegs durch den Friedensvertrag gehalten seien, die deutsche Regierung gegen die Errichtung unabhängiger Staaten zu sichern, die sich aus dem Bruch des Reiches ergeben könnten. Die britische Regierung hat uns der Parteilichkeit gegenüber den Separatisten angeklagt. Aber wir haben den Beweis, daß die deutsche Regierung Befehl erteilt hat, auf die Separatisten zu schießen. (?) Wir können doch nicht unter unseren Augen friedfertige (?) Menschen töten lassen. Wir wollen die Entente mit allen Kräften aufrecht erhalten, sind aber fest entschlossen, von den Reparationen und der Sicherheit nichts zu opfern. Das Zammern und die Unversämtheit Deutschlands werden uns nicht rühren. Der Reichszangler machte die französische Regierung für das Mißgeschick verantwortlich. Er wäre besser inspiriert gewesen, wenn er die Handlungen seiner Regierung und seiner Vorgänger verurteilt hätte. Vielleicht ist es noch Zeit zur Rückkehr. Wir warten nur auf die Ausführung des Friedensvertrages, um mit Deutschland gutnachbarliche Beziehungen aufzunehmen.

Die deutsch-französischen Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Wirtschaft u. des Verkehrs.

Berlin, 23. Nov. Die im Laufe der Woche in Mainz zwischen den Vertretern der deutschen Reichsbahn und der französisch-belgischen Eisenbahnregie geführten Verhandlungen sind auf einige Tage unterbrochen worden. Die Forderungen der Regie bedürfen einer eingehenden Nachprüfung durch die Berliner Stellen. Es ist damit zu rechnen, daß die Verhandlungen im Laufe der nächsten Woche fortgesetzt werden.

Köln, 23. Nov. Wie die „Kölnische Zeitung“ von zuverlässiger Seite erfährt, haben die am Donnerstag wieder aufgenommenen Verhandlungen der deutschen Industriellen mit der Ricum nunmehr zum Abschluß eines Abkommens geführt.

Düsseldorf, 23. Nov. Wie die „Düsseldorfer Nachrichten“ erfahren, wurde gestern Abend, nachdem die politischen Fragen, an denen bekanntlich die Verhandlungen zwischen dem Bergbaulichen Verein und der Ricum gescheitert waren, eine tragbare Lösung gefunden und ein Mantelvertrag unterzeichnet. Im Rahmen dieses Vertrages werden in den nächsten Tagen die einzelnen Werke ihre Sonderabkommen zu treffen haben. Der Vertrag ist von Generaldirektor Böglert-Dortmund als Bevollmächtigter des Bergbaulichen Vereins in Essen unterzeichnet worden. Die Pariser Meldungen, die davon sprechen, daß Böglert lediglich im Namen ihm nahestehender Bergwerksbesitzer unterzeichnet habe, sind unrichtig. Der Vertrag gilt bis zum 16. April 1924.

Kasernenbau für die Franzosen.

Berlin, 23. Nov. Wie die „Vossische Zeitung“ aus Böhmen meldet, hat General Degoutte ein Rundschreiben erlassen, in welchem diejenigen Städte und Gemeinden, die

aufgefordert wurden, Kasernen zu bauen, veranlaßt werden, der Befehlungsbehörde Pläne und Voranschläge nach den gegebenen Anweisungen zur Genehmigung vorzulegen. Nach Erteilung der Genehmigung solle unverzüglich mit dem Bau begonnen werden.

Der Separatistenterror in der Pfalz unter französischem Schutz.

Berlin, 24. Nov. Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ aus Ludwigshafen sind die Mitglieder der rechtmäßigen pfälzischen Regierung, welche nach der Besetzung von Speyer nach Ludwigshafen übergesiedelt waren, von den Separatisten verhaftet worden. Auf der Rheinbrücke durchsucht auf der Mannheimer Seite neben den französischen Wachposten (!) ein bewaffneter Separatist die Passanten nach Waffen. Die Gesamtzahl der in Ludwigshafen eingedrungenen Separatisten beträgt etwa 1000 Mann, zum Teil ganz junge Burschen von 16 Jahren.

Ludwigshafen, 23. Nov. Heute in den frühen Morgenstunden sind separatistische bewaffnete Banden, die von Speyer kamen, auf mehreren Lastkraftwagen über Mundelsheim überraschend in Ludwigshafen eingedrungen. Am Bahnhof, sowie an mehreren anderen Stellen wurden die Schutzleute entwaffnet, jedoch in Freiheit gelassen mit Ausnahme von dreien, die verschleppt wurden. Das Stadthaus Ludwigshafen-Nord wurde von den Sonderbündlern später besetzt. Die Polizei wurde um 10 Uhr in der Hauptwache zusammenberufen und dort von den Franzosen entwaffnet, während Polizeirat Probst und Polizeihauptmann Buchmann zu einer Besprechung mit den Franzosen geladen waren, sodas die Polizei ihrer Führer beraubt war. In den Straßen von Ludwigshafen geht es sehr lebhaft zu. Die Franzosen haben die Brückentore geschlossen, sodas der Verkehr nach Mannheim unterbunden ist. Die in der Hand der Sonderbündler befindlichen Straßen wurden von der Befehlungsbehörde abgesperrt.

Deutschland.

Die neuen Steuervorlagen.

Berlin, 24. Nov. Die neuen Steuervorlagen, die Reichsfinanzminister Dr. Luther im Reichstag angekündigt hat, werden, der „Voss. Ztg.“ zufolge, in kürzester Zeit, zum Teil wahrscheinlich schon heute, dem Reichsrat zugehen. Es sei zur Schaffung größerer Einnahmen für die nächsten Monate beabsichtigt, im Dezember eine Vorauszahlung auf die Einkommensteuer für das vierte Quartal des Etatsjahres, also für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März, unter Anwendung der Goldmarkrechnung zu erheben. Außer einer Reform der Einkommenssteuer ist vom Januar ab eine Umstellung der Vermögenssteuer und der Erbschaftsteuer geplant. Ferner wird die Umsatzsteuer auf 2½ Prozent erhöht werden. Als Hauptpunkt des künftigen Golddetats des Reiches ist eine Wohnungssteuer vorgesehen und zwar wird von den Goldmieten, die vom 30. September nächsten Jahres ab wieder erhoben werden können, das Reich 60 Proz. erhalten, während den Hausbesitzern 40 Prozent belassen werden.

Erfolgslose Waffensuche der Franzosen.

Karlsruhe, 23. Nov. Die „Badische Presse“ meldet: Auf dem zwischen Maxau und dem Rheinau-Kanal gelegenen Gutshof des Prinzen Max von Baden wurde von einer Abteilung französischer Infanterie eine eingehende Waffensuche veranstaltet. Es scheint eine Denunziation gegen den Gutspächter Bollmer vorzuliegen, der von den Franzosen verhaftet und nach Maximiliansau verbracht wurde.

Das Auge des Buddha.

Roman von Friedrich Jacobsen.

Luis blieb vollkommen ruhig. Das Tier stand aufrecht, und in dieser Stellung war kein Angriff zu befürchten, der Bändiger hob daher nur die Stimme und wiederholte seinen Befehl. Dann änderte sich das Bild. Ueber Sulamiths schlanken Leib rann leises Zittern; sie stieß ein dumpfes Knurren aus und peitschte die Flanken mit dem Schweif — da nahm Sanchez seinen Revolver und knallte ihr ein paar Schüsse ins Gesicht. Für gewöhnlich wirkte dieses Mittel, denn das ausblitzende Feuer ist jedem Raubtier unangenehm, die Löwin aber wurde immer wütender und fiel plötzlich in Sprungstellung auf die Hinterkeulen.

Durch den weiten Raum hallte ein vielstimmiger Schrei. Und nun bewies der Spanier, daß die Fassung ihn auch nicht eine einzige Sekunde verlassen hatte. Er schleuderte den Revolver weit weg, warf sich mit einem wilden Ruf auf die jauchende Bestie und trieb sie mit furchtbaren Peitschenhieben vor sich her — einmal, zweimal um den ganzen Zirkus; dann erkannte die Löwin ihren Meister und sprang mit einem gewaltigen Satz auf den leeren Holzschemel.

Es war ein prächtiger Anblick.

Die Wut des Raubtieres hatte sich womöglich noch gesteigert, aber sie wurde durch Furcht in den Schranken gehalten; Sulamith sah mit gesträubten Haaren und offenem Rachen auf ihrem Platze; sie schlug machtlos mit den Fägen in die Luft und wagte dennoch

nicht, den Bändiger anzugreifen, der wie aus Erz gegossen vor ihr stand.

Pföhllich begann Luis mit seltsam belegter Stimme zu sprechen.

„Heda, Achtung! Einer vom Stallpersonal soll mir meinen Revolver reichen. Ich muß dem Vieh noch einmal um die Ohren knallen und darf meinen Platz nicht verlassen. Im übrigen ist die Sache gefahrlos, solange ich hier mit der Peitsche stehe.“

Natürlich regte sich kein Mensch und Sanchez lachte verächtlich.

„Ja so, ihr seid Knechte — da muß ich mich schon an einen Herrenreiter wenden. Senor Westen, wollen Sie mir den Gefallen erweisen?“

Ulrich erödete; dann sah er alle Augen auf sich gerichtet und entgegnete:

„Ich hebe sonst nicht auf, was ein anderer wegwirft; aber wenn Ihnen ein Gefallen damit geschieht —“

Als seine Hand den Kiesel berührte, der die Eingangstür zur Arena schloß, fiel Sudica ihm heftig in den Arm.

„Sie sind wohlsinnig, Ulrich, die Bestie würde Ihnen sofort an die Kehle springen. Wenn es wirklich not tut, so gehe ich selbst; Sulamith kennt mich —“

Das war noch niemals geschehen, daß sie ihn mit seinem schlichten Vornamen anredete, aber die Angst trieb ihr wohl das Wort auf die Lippen, wenigstens glaubte er es in dieser Sekunde, wo ihre Augen ineinander ruhten.

Dann legte sich Morell ins Mittel. Ein Uebermaß an

persönlichem Mut besaß er wohl kaum, dafür aber große Seelenruhe bei der Gefahr anderer, und jetzt erkannte er mit schnellem Blicke, daß der Bändiger des Revolvers gar nicht bedurfte, um die Löwin in Schach zu halten. Er drängte sich an das Gitter und sagte grob:

„Nun lassen Sie mal den Unsinn, Sanchez, ich dulde keine Zänkereien zwischen meinem Personal. Wenn das Tier für den Zirkus noch zu roh ist, dann dressieren Sie es einstweilen im Käfig weiter — die Manege bitte ich mir jetzt für andere Dinge aus, ich will mit meinen Hengsten üben.“

Diese sechs Hengste waren die Glanznummer des Direktors. Seine Kollegen, die großen Tiere, führten ihrer zwölf oder gar vierundzwanzig in Freiheit vor, das konnte der Italiener sich nicht leisten — aber auf seine sechs Fische, denen er die Namen der Wochentage gegeben hatte, war er sehr stolz, und der Clown, ein geborener Däne, nannte ihn deshalb den „großen Klaus“ nach Andersen's bekanntem Märchen.

Man lächelte darüber und Luis Sanchez lachte geradezu hinaus. Dann aber sammelte er ohne Widerrede seine Zöglinge und verließ mit ihnen die Arena; der Löwin schenkte er gar keine Beachtung mehr und schon aus dieser Tatsache wurde es jedermann klar, daß die Angelegenheit mit dem Revolver eine Laune gewesen war.

Oder vielleicht doch mehr . . .

(Fortsetzung folgt.)

Aus Stadt und Land.

Calw, den 24. November 1923.

Vom Rathaus.

* Unter dem Vorsitz von Stadtschultheiß Göhner fand am Donnerstag nachmittag eine öffentliche Sitzung des Gemeindevorstandes statt. Das Kollegium genehmigte den Verkauf von 205 Festmeter Stammholz zu 161,3 Prozent der staatlichen Tarpreise. Zwecks Sicherung der Möglichkeit der Beschaffung von Lebensmitteln für den dringendsten Fall wurden weitere 749 Festmeter gegen wertbeständige Bezahlung abgegeben. — Den Gemeinden liegt die Pflicht ob, eine Wegsteuer für Pferde, Ochsen, Esel und Maultiere zu erheben. Vergünstigungen sind für Zugtiere und für ausschließlich in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigte Tiere vorgesehen. Das Recht der Amtskörperschaften, zu der Wegsteuer noch einen Zuschlag bis zu 100 Prozent zu erheben, wurde von der Amtskörperschaft Calw nicht in Anspruch genommen. Deshalb schlägt der Vorsitzende vor, das Recht der Gemeinden in diesem Fall einen entsprechenden Zuschlag bis zu dieser Höhe zu der Gemeindesteuer zu erheben, geltend zu machen. Die Steuer wird auf der Grundlage der Viehsteuernumlage auf 1. Dezember erhoben. Der Antrag wurde angenommen. Bei dieser Gelegenheit regte G.R. Sannwald an, auch von Seiten der Stadt sollte beim Finanzministerium gegen die Masse von Steuern Einspruch zu erheben, die in Anbetracht der dauernden Geldentwertung nicht die Erhebungskosten aufbringen. Der Vorsitzende erwiderte, daß auch der Stadtrat in dieser Richtung vorstellig geworden sei. Aus diesem Grunde soll ebenfalls die Einziehung der Wohnungs- und Hundesteuer verschoben werden. Da die Sitzungstage seither auch völlig entwertet ausbezahlt wurden, soll die Bezahlung wertbeständig jeweils nach 2 Monaten erfolgen, und zwar mit 50 Goldpfennig pro Sitzungstag. — Eine umfangreiche Behandlung erfuhr die Frage der Milchversorgung. Der Vorsitzende teilte mit, daß die Milchlieferung in der letzten Zeit von Tag zu Tag abgenommen habe. Am 10. November habe die Milchzufuhr 480 Liter betragen gegenüber dem notwendigen Minimum von 1200 Liter. Die bisherigen Bemühungen in den Erzeugergemeinden seien vergeblich gewesen. Es sei zu hoffen, daß nach der Festlegung des Milchpreises in Goldmark die Anlieferung besser werde. G.R. Pfrommer bemerkte zu dem Nachlassen der Milchlieferung, daß in der letzten Zeit das Vieh noch vielfach zur Verrichtung der Herbstarbeiten auf dem Felde benützt worden sei, jetzt komme es aber wieder mehr in Ruhe, und bekomme die Winterfütterung, so daß der Milchbetrieb wieder rationeller gestaltet werden könne. Der Vorsitzende schlug sodann im Hinblick auf die Ueberlastung der Stadtpflege, die seither das ganze Geldgeschäft bezüglich der Milchversorgung zu erledigen hatte, eine Aenderung der Organisation dahin vor, die Milchwirtschaft in private Hände zu geben. Für die Uebernahme des Geschäftes wird Herr Rothfuß vorgeschlagen, der seither schon die Arbeiten der Milchzentrale geführt hatte. G.R. Sannwald führte die Verminderung der Milchlieferung auf die zu geringe Bezahlung der Erzeuger zurück. Man sollte die Spannung zwischen Erzeugerpreis und Verbraucherpreis durch möglichste Herabminderung der Verwaltungskosten vermindern. Nur wenn sich die Verbutterung der Milch für den Erzeuger nicht lohne, werde er sich dieses Geschäft eriparen, und die Milch so abliefern. Der Redner schlug vor, die Milchfuhrleute zu bestimmen, daß sie aus den Calw zugewiesenen Gemeinden so viel als möglich Milch zu bekommen suchen, und daß man dann den Fuhrleuten einen gewissen Bezirk in der Stadt zuweisen könnte, den sie zu versorgen hätten. Dadurch könnten einmal die Fuhrleute an der Heranholung von möglichst viel Milch interessiert, andererseits die Verwaltungskosten für die Milchverteilung in der Stadt erspart werden. Der Vorsitzende erwiderte, daß diese wünschenswerte Annäherung an die Friedensverhältnisse wohl heute noch keinen Erfolg verspreche, denn die Fuhrleute seien zur Zeit noch nicht für eine solche selbständige Betätigung, und dann würde auch die Verteilungsfrage Schwierigkeiten bereiten. Außerdem werde die Verbutterung auch bei höherem Preise nicht aufhören, denn der erhöhte Milchpreis habe automatisch eine Erhöhung des Butterpreises zur Folge. G.R. Hörnle wünscht, daß die vorgeschlagene Beschränkung der 8 Verkaufsstellen nicht vorgenommen werde, weil die Verbraucher schon ohnedies lange genug auf ihr geringes Quantum warten müssen, was im Winter zu gesundheitlichen Gefahren führe. Der Mangel an Milch komme auch daher, daß die Pforzheimer mit wertbeständigem Gelde zum Milchkaufen kommen. Der Vorsitzende teilte dann noch mit, daß er sich die vorgeschlagene Neuregelung nur als Uebergangsstadium vorstelle. Bei Uebernahme des Geldgeschäfts durch eine Privatperson könne aber auch besser der Geldentwertung Rechnung getragen werden, da der Betreffende rafter mit den Erzeugern in Verbindung treten könne und werde, weil er das Risiko trage. Im übrigen werde die Milchkontrolle, die Beaufsichtigung der Verteilung und die Preisregelung auch weiterhin in Händen der Stadt bleiben. G.R. Bauehle sprach sich dagegen aus, daß die Milchversorgung in private Hände gebracht werde, weil dann die Klagen wahrscheinlich noch zahlreicher würden. Die verringerte Milchlieferung rühre auch daher, daß dieses Jahr nicht gemästet werden konnte, so daß mehr Milch im eigenen Haushalt verbraucht werde. G.R. May warnt vor einer weiteren Erhöhung der Verwaltungskosten, die ohnehin in der Bevölkerung schon als zu hoch bezeichnet würden. Es wäre manches besser, wenn man die abendlichen Hamsterer von Calw und von auswärtigen den Liefergemeinden ablenken könnte. Nachdem der Vorsitzende die oben gekennzeichnete weitere Beaufsichtigung der Milchversorgung durch die Stadt als selbstverständlich erklärt hatte, wurde kein Vorschlag, die probeweise Loslösung des Geldge-

Ämtliche Bekanntmachung.

Verfügung.

Nachdem durch Verordnung der Reichsregierung vom 7. November 1923, veröffentlicht im Reichsanzeiger Nr. 259, meine Verordnung IVa/c Nr. 4525 vom 7. November 1923 (Staats-Anzeiger Nr. 267) eine Erweiterung in der Richtung erfahren hat, daß die Verpflichtung zur Annahme des Papiergeldes als gesetzliches Zahlungsmittel auch auf den Großhandel, Industrie und Landwirtschaft ausgedehnt worden ist, sehe ich meine oben erwähnte Verfügung außer Kraft.

Die im letzten Absatz meiner Verfügung gegen Zuwiderhandlungen angeordneten Polizeimahnahmen bleiben dagegen in Gültigkeit und werden auf die Verordnung der Reichsregierung in vollem Umfange ausgedehnt. Demgemäß sind bei solchen Zuwiderhandlungen die Polizeibehörden zur Festnahme der Schuldigen und zur Beantragung der Schutzhaft gegen dieselben bei mir berechtigt.

Stuttgart, den 15. November 1923.

Der Militärbefehlshaber
Reinhardt, Generalleutnant.

schäftes der Milchversorgung von der Stadtpflege und die Uebergabe an Herrn Rothfuß mit 8 gegen 7 Stimmen genehmigt, ebenso der Antrag von G.R. Pfeiffer, daß die Sammelstelleninhaber gezwungen sein sollen, Geldscheine bis zu 100 Millionen, und in größere Beträge gebündelte 50-Millionscheine anzunehmen. Als Mitglieder der Kommission, die jeweils den Milchpreis feststellen soll, wurde als Erzeugervertreter G.R. Pfrommer, als Verbrauchervertreter G.R. Hörnle bestimmt. — Da die Stadt in den letzten Tagen in Geldschwierigkeiten gelommen ist, so wurden von hiesigen Firmen auf kurze Zeit Anleihen aufgenommen, die wertbeständig wieder ausbezahlt werden. — Auf die Anfrage von G.R. Hörnle, ob Geschäftsleute die Abgabe von Waren von der Bezahlung wertbeständigen Geldes abhängig machen dürfen, erwiderte der Vorsitzende, daß ein solches Verhalten unter Umständen schwer bestraft würde. — Da eine größere Anzahl bedürftiger Personen nicht in der Lage ist, die Gas- und Strompreise zu bezahlen, so wurde auf Antrag des Vorsitzenden beschlossen, die Verwaltungsabteilung zu ermächtigen, bis auf weiteres bedürftigen Personen, insbesondere Sozial- und Kleinrentnern, die keinen wesentlichen Vermögensbesitz haben, einen Nachlaß des Gas- und Stromgeldes für einen Monatsverbrauch von 3, höchstens 4 Kubikmeter bzw. 1, höchstens 2 Kilowattstunden zu gewähren. Besitzer von Gebäuden und nennenswerten Grundeigentum oder von erheblichem sonstigem Vermögen, werden im allgemeinen nicht als bedürftig in diesem Sinne angesehen; ebenso scheiden Personen aus, die unterhaltspflichtige Angehörige besitzen. Vorgenannten Personen kann von der Verwaltungsabteilung die Schuldigkeit für einen in mäßigen Grenzen gehaltenen Verbrauch gegen Unterzeichnung eines auf Goldmark lautenden Schuldscheins zinslos solange sie Eigentümer sind, spätestens bis zu ihrem Ableben gestundet werden. Die Schuld kann aber auch gekündigt werden, wenn die Gefahr des Verlustes für die Stadt besteht. Vollerwerblosen Abnehmern wird auf Antrag der Gas- und Strompreise bei einem in mäßigen Grenzen gehaltenen Verbrauch über die Dauer der Erwerbslosigkeit zinslos gestundet. Später ist die Schuldigkeit in von der Verwaltung festzulegenden Raten zurückzugahlen. Bei andern Verbrauchern tritt Strom- und Gasperre ein, wenn sie mit dem doppelten Betrag des als Oktoberverbrauch abgelesenen Verbrauchs rückständig sind. Eine achtstägige Frist wird nach Zustellung der Eröffnung gewährt. — Zwecks Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln wurde beschlossen, die durch die Stadt angekauften Kartoffeln Kleinrentnern, Sozialrentnern und andern bedürftigen Personen zum Preise von 2,50 Goldmark pro Zentner zu überlassen, und wenn die Bezahlung bis 10. Dezember erfolgt, die Goldmark zu 600 Milliarden zu berechnen. Vollerwerblose erhalten die Kartoffeln zum Preise von 3 Goldmark bei Anrechnung eines Kurses von 600 Milliarden, wenn sie obengenannten Zahlungstermin einhalten. Für die sonstige Bevölkerung gilt ein Preis von 3,50 Goldmark, jedoch ebenfalls mit der obigen Kursvergünstigung. — Für Pachtzinsbezahlungen ist gleichfalls dieser günstige Umrechnungskurs zugewilligt worden. — Genehmigt wurde die Anschaffung einer Rechenmaschine für die technischen Werke. — Von dem städtischen Weizen werden wiederum 50 Zentner gemahlen, jedoch nur zur Versorgung der Bedürftigen. — Zwecks Verbilligung der Vererdigungslosten wurden weitere 20 Festmeter Holz zur Herstellung von Särgen der Schreinerinnung zur Verfügung gestellt.

Zahlung in Papiermark und wertbeständigem Geld.

Nach einer Mitteilung des Wehrkreiskommandos V ist es zulässig, daß bei Bezahlung der Lebensbedürfnisse mit wertbeständigen Zahlungsmitteln ein angemessener Rabatt gewährt wird. Andererseits darf dem wirtschaftlich Schwachen, der nur im Besitz von Papiergeld ist, der Einkauf nicht unmöglich gemacht werden. Mit der Hergabe von goldwerten Zahlungsmitteln an die Geschäftswelt muß das Herunterdrücken der Goldpreise Hand in Hand gehen. Nachdem die amtliche Berliner Dollarnotierung der Bewertung der Mark im Auslande folgt, muß mit allem Nachdruck darauf hingewirkt werden, daß die überspannten Goldgrundpreise sofort auf ein erträgliches Maß herabgesetzt werden. Zu hohe Goldgrundpreise schließen einen übermä-

ßigen Gewinn in sich und haben die völlige Lähmung der Kaufkraft der Bevölkerung zur Folge. Beispielsweise sind die sog. Risikozuschläge bei wertbeständiger Preisstellung eine Gefährdung des Gemeinwohls. Der Stadtrat hat dem Antrag der Stuttgarter Handelskammer auf Herausgabe einheitlichen Notgeldes in einer heute Vormittag abgehaltenen Sitzung zugestimmt. Die Herausgabe kann voraussichtlich schon bis Mitte der nächsten Woche erwartet werden. Der Erwerb soll durch Eingabe von Papiermark ermöglicht werden. — Der Einzelhandel-Ausschuß der Stuttgarter Handelskammer hat einstimmig beschlossen, bei Zahlung mit den im Reiche und im Land im Umlauf befindlichen wertbeständigen Zahlungsmitteln der Kundschaft einen Rabatt von 10 Prozent zu gewähren. Den einheitlichen Handeskreisen wird im Interesse der Einheitlichkeit dringend empfohlen, hinsichtlich der Rabattgewährung diesem Beschlusse gemäß zu verfahren.

Beamtenabbau auch bei den kommunalen Körperschaften.

Bis auf weiteres werden bekanntlich Beamte nicht mehr planmäßig ange stellt oder befördert, ebensowenig auscheidende Privatangestellte ersetzt. Die Notwendigkeit dieser Maßnahme, ohne die der Personalabbau nicht zweckentsprechend zu verwirklichen ist, ergibt sich ebenso für die Gesamtheit der öffentlichen Körperschaftsverwaltungen, deren förmliche Einbeziehung in den Personalabbau in kurzem verfügt wird. Demgemäß lassen die Körperschaftsverwaltungen auch ihrerseits mit sofortiger Wirkung eine Anstellungs- und Beförderungssperre eintreten.

Wertbeständige Postgebühren.

Als Grundwerte im Post- und Postfachverkehr sind folgende, den Friedenslöhnen möglichst angepasste Gebühren vorgesehen: Postkarten im Ortsverkehr 3, im Fernverkehr 5 Pfg., Briefe 5 bzw. 10 Pfg., Druckfachen bis zu 25 Gr. 3 Pfg., Paete bis zu 3 Kilo in Zone 1 30 Pfg., 2 und 3 je 40 Pfg., Zeitungspakete bis zu 5 Kilo in Zone 1 30 Pfg., Zone 2 und 3 je 40 Pfg., Postanweisungen bis zu 1 Billion 20 Pfg., im Postfachverkehr Bareinzahlungen 10 Pfg., Ueberweisungen 10 Pfg., höchstens 100 Pfg. Zwischen Papier- und Rentenmark werden im künftigen Tarif Unterschiede gemacht. Der Reichspostminister soll den Tag des Inkrafttretens dieser Gebühren bestimmen.

Vollständige Auflösung der kommunistischen und nationalsozialistischen Partei in Württemberg.

(StB.) Stuttgart, 23. Nov. Im heutigen „Staatsanzeiger“ wird eine Verordnung des Oberbefehlshabers, General v. Seeck, sowie des Ministeriums des Innern veröffentlicht, durch die sämtliche Organisationen und Einrichtungen der K.P.D., der kommunistischen Jugend und der kommunistischen Dritten Internationale aufgelöst und verboten, ihr gesamtes Vermögen und ihre Einrichtungen beschlagnahmt werden. Der Beschlagnahme unterliegen auch alle Gegenstände, die zur Förderung der Ziele und Zwecke bestimmt sind ohne Unterschied, ob sie ihr gehören oder nicht. Wer sich an einer solchen Vereinigung als Mitglied beteiligt oder ihr durch Geldzahlung, Vermittlung oder Beförderung von Nachrichten, Ueberlassung von Räumen, Herstellung oder Verbreitung von Schriftzeugnissen oder durch andere Mittel Vorschub leistet, wird nach § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. 9. 23 bestraft, desgleichen das Tragen oder Zur Schau Stellen der Fahnen oder sonstigen Abzeichen dieser Vereinigungen. — Eine weitere gleichlautende Verordnung bestimmt die Auflösung und das Verbot sämtlicher Organisationen und Einrichtungen der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei und der Deutschvölkischen Freiheitspartei im ganzen Reichsgebiet. — Zu diesen Verordnungen wird vom Württ. Ministerium des Innern bestimmt, daß die Landes kriminalpolizei, das Polizeipräsidium Stuttgart, die Oberämter u. die staatlichen Polizeiamter diese Verordnungen durchzuführen und insbesondere dafür zu sorgen haben, daß bei der Schließung und Beschlagnahme der Parteibüros, Verlage, Buchhandlungen, Druckereien usw. die Kassen, sowie das Schrift- und Druckmaterial der Organisationen möglichst vollständig erfasst werden und daß sich die Behörden miteinander ins Benehmen zu setzen haben. — In den den Verordnungen beigegebenen Begründungen ist gesagt, daß die Komm. Partei erwiesenermaßen bestrebt ist, Soldaten der Wehrmacht zum Ungehorsam gegen ihre Vorgesetzten und die Bevölkerung zum Widerstand gegen die Anordnungen der Inhaber der vollziehenden Gewalt zu verleiten und durch politischen Generalkrieg und bewaffneten Aufstand die verfassungsmäßige Staatsform des Reiches umzustürzen. Die Komm. Jugend und die Dritte Internationale haben diese Bestrebungen unterstützt und begünstigt. Auch bezüglich der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei wird gesagt, sie habe es unternommen, Soldaten der Wehrmacht zum Ungehorsam zu verleiten und die Reichsregierung durch Bewaffneten-Aufstand zu stürzen. Die Deutschvölkische Freiheitspartei vertritt dieselben Ziele.

(Stuttg.) Stuttgart, 23. Nov. In Ausführung der neuen Bestimmungen erfolgte heute morgen die Durchsuchung der Geschäftsräume der Kommunistischen Partei, der Kommunistischen Jugend und der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei. Ebenso wurde beim Vorstand der Deutschösterreichischen Freiheitspartei und bei einer Reihe von Personen, die den aufgelösten Organisationen angehörten, Hausdurchsuchungen vorgenommen. Entsprechend den Bestimmungen wurden die den aufgelösten Organisationen gehörigen Gegenstände beschlagnahmt und die Geschäftsräume geschlossen.

Kleine Anfrage.

(Stuttg.) Stuttgart, 23. Nov. Die Abgg. Dr. Bechtel, Wider und Dr. Schott (B.) haben an das Staatsministerium eine Anfrage gerichtet, ob es bereit sei, bei der Reichsregierung mit allem Nachdruck dahin vorzutreiben zu werden, daß das gegen die französischen Kriegsverbrecher vorliegende Material veröffentlicht wird, wenn die französische Regierung die Frage der sog. deutschen Kriegsverbrecher aufs neue anfröht.

Wittlingen, 23. Nov. Angenehm überrascht wurde die hiesige Gemeinde durch den Besuch der Stammheimer Waisenkinder in Begleitung ihres Hausvaters und der Lehrerschaft. Kommt da am Sonntag nachmittag ein Trupp froher Kinder anmarschiert, denen man schon an den Gesichtern ablas, daß sie uns mit etwas überraschen wollten. Der Einwohnerschaft war zwar durch den Ortsgeistlichen bekannt gegeben worden, daß die Stammheimer Kinder zum Dank für überhandte Naturalgaben uns mit Gesängen und Lichtbildern erfreuen wollten, und so war denn unsere Kirche zur festgesetzten Stunde dicht besetzt. Nach einleitenden Worten unseres Ortsgeistlichen nahm Hausvater Gulezer das Wort; seinen Ausführungen lagen die Worte zu Grunde: „Gold und Silber haben wir nicht, was wir aber haben, das geben wir Euch!“ — Und so war es auch! In Lichtbildern zogen „die vier Jahreszeiten“ an uns vorüber. — Schon die Meisterbilder Ludwig Richters tun's einem an, prägt sich doch das Sittliche und Schöne so mannigfaltig in denselben aus; dann aber auch die prächtigen Gesänge und Deklamationen der Kinder als Umrahmung der einzelnen Bildergruppen rührten und bewegten Herzen und Gemüter aller Zuschauer und Hörer. — Das Band zwischen Rettungsanstalt Stammheim und der Gemeinde Wittlingen ist neu gefestigt und unser Ortsgeistlicher Jung hat in seinem Schlusswort allen aus dem Herzen gesprochen, als er ausführte, daß alle unsere Erwartungen weitens übertraffen wurden und daß der alte Wittlinger Pfarrer Dr. Barth, der Begründer der Stammheimer Anstalt, dessen sterbliche Überreste vor unserer Sakristei ruhen, sicherlich seine helle Freude gehabt hätte, wenn er diesen Abend hätte miterleben dürfen. Wir aber wollen uns geloben, dieses Werk jederzeit nach Kräften fördern zu helfen!

(Stuttg.) Pforzheim, 23. Nov. Der 24jährige verheiratete Schlosser Richard Jäck von Conweiler hat in der Haft das Geständnis abgelegt, daß er der Urheber des Mordanschlags auf das Dienstmädchen Marie Schöthaler ist.

(Stuttg.) Eutingen bei Horb, 23. Nov. Reisende, die gestern früh den ab Eutingen 8.17 Uhr in der Richtung Horb verkehrenden Zug benützten, waren Zeugen eines entsetzlichen Unglücks. Zwei Männer, die den nach Stuttgart fahrenden Zug besteigen wollten und einen schweren Kesselkorb mit sich führten, überschritten unvorsichtigerweise in dem Augenblick das Gleis, als der fahrplanmäßige Zug 8.17 Uhr einfuhr. Das Un-

Gieb keinen Auftrag nach auswärts,

den Du hier erledigen lassen kannst. Bedenke, daß jeder Auftrag, den Du am Platze erteilst, mit dazu beiträgt, die Zahl der Erwerbslosen zu verkleinern und damit auch die Beiträge zur Erwerbslosenunterstützung.

glück war das Werk einer Sekunde. Der eine, der nur teilweise auf dem Gleis war, wurde von der Maschine erfasst und herausgeschleudert, während der andere mitten auf dem Gleis befindliche samt dem Kesselkorb überfahren wurde. Er war sofort tot, sein Kesselgefährt erlitt so schwere Verletzungen am Kopf, daß er kaum mit dem Leben davontommen wird. In dem Kesselkorb befanden sich Speckseiten und Schinken von einem ganzen Schwein, Bratwürste u. dergl., die in wirrem Durcheinander auf dem Gleis umherlagen. Den Lokomotivführer trifft keine Schuld, da die Unglücklichen im letzten Augenblick das Gleis überschritten und ein Halten auf nur wenige Meter unmöglich war.

(Stuttg.) Freudenstadt, 23. Nov. Die vierjährigen Zwillingstochterchen des Lokomotivheizers Georg Grieshaber fuhren im Christofstal Schlitten. Dabei geriet der Schlitten über eine kleine Böschung hinunter in den reißenden Bach. Die Strömung zog die Kinder fort und erst eine halbe Stunde später wurden die beiden Kinder einige hundert Meter unterhalb der Unfallstelle tot aus dem Wasser gezogen.

(Stuttg.) Stuttgart, 23. Nov. Die Zahl der Selbstmorde mehrt sich. In der Stöckachstraße sprang eine 29 Jahre alte Frau aus einem Fenster ihrer Wohnung auf die Straße, zog sich indessen keine ernstlichen Verletzungen zu. — In der Kreuzstraße wurde ein 60 Jahre alter Mann erhängt aufgefunden. — In der Gaisburgstraße suchte sich eine 56 Jahre alte Frau, die in ein Strafverfahren verwickelt ist, durch Einatmen von Gas das Leben zu nehmen. Der Sauerstoffapparat wurde mit Erfolg angewandt.

Aus Geld-, Volks- und Landwirtschaft. Der Kurs der Reichsmark.

1 Dollar	4210,5 Ma.
1 Goldmark	1002,5 Ma.

1 Schweiz. Franken	733,83 Ma.
1 franz. Franken	228,57 Ma.
1 holl. Gulden	1604 Ma.
Reichsindex für Lebenshaltung	881 Ma.
Goldumrechnungsjahr für Steuern	1000 Ma.

Bericht der Stuttgarter Börse.

(Stuttg.) Stuttgart, 23. Nov. Die Börse lag heute uneinheitlich, Angesichts der verworrenen politischen Lage und der Geldversteifung hielt sich die Spekulation zurück. Auch der Freiverkehr gestaltete sich uneinheitlich.

Es notierten:	Hesser	- 1,5 (9)
Banken:	Weingarten	+ 5 (30)
W. Hypotheken	W. U.	- 1,5 (9)
W. Noten	Würt. Metall	- 5 (55)
W. Vereinsbank	Ban den übrigen Werten:	
Ban Brauereien:	Bad. Union	- 15 (45)
Kanensburg	Bamberg Mälz.	+ 4 (10)
Würt. Hoizng.	Cement Heidelberg	- 1 (24)
Ban Textilwerten:	Der kommende Tag	- 0,5 (4)
Erlangen	Deutsche Verlag	+ 2 (0)
Kob & Schüle	Knoof	- 1,3 (7,5)
Biersee	Rdin-Rottweil	- 7 (21)
Kuchen	Krumm	- 0,5 (7,5)
Würt. Kattun	Padm. Ludwigsburg	+ 5 (15)
Leinen Blaubeuren	Neckarwerke Egingen	+ 0,5 (15)
Ban Maschinen- u. Metallwerten:		
Daimler	Salz Heilbronn	+ 30 (130)
Feinmeh. Tullingen	Sekt Wadenheim	+ 5 (25)
Hansa	Stuttg. Bäcker	- 2 (19)
Höner	Stuttg. Zucker	- 2,9 (17)
Sungshans	Berein. Filz	+ 10 (40)
Laupheim	Würt. Elektr.	+ 3 (15)
Maqirus	Ziegel Ludwigsburg	- 1 (16)
Egingen		- 5 (13)

Märkte.

(Stuttg.) Schömburg, 23. Nov. Dem Schweinemarkt wurden 60 Stück zugeführt, 24 Stück verkauft um den Preis von 15 Goldmark bis 28 Goldmark pro Paar.

(Stuttg.) Stuttgart, 23. Nov. Auf dem Stuttgarter Schlachtviehmarkt am 22. Nov. hat das Wucheramt den Viehhändler Wolf Hirschheimer von Lehrensteinsfeld vorläufig festgenommen, weil er den festgesetzten Angemessenheitspreis von 60 Goldpfennig für das Pfd. Lebendgewicht für einen 10 Jtr. schweren Stier um über 40 Proz. überschritten hatte. Hirschheimer wurde, da ein besonders schwerer Fall von Preiswucher und Ueberschreitung von Goldmarkpreisen vorliegt, vom Polizeipräsidentium vorläufig in Schutzhaft genommen. Außerdem wurde beim Militärbehörden Erlaßung eines Schußhaftbefehls beantragt.

(Stuttg.) Ereglingen, 23. Nov. Dem Schweinemarkt waren zugeführt 68 Stück Milchschweine. Verkauft wurden 52 Stück. Anwesend waren 15 Verkäufer. Preis pro Paar 26—36 Billionen Mark. Handel langsam.

(Stuttg.) Tettmang, 23. Nov. (Hopfen.) Von den Produzenten werden jetzt Goldmark oder Rentenmark gefordert, wovon jedoch nur wenig vorhanden sind. Gekauft und bezahlt wurden von 250—270 Billionen je nach Qualität.

Die hiesigen Reichsbankpreise dürfen sich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen messen werden, da für jene noch die sog. wirtsch. Verhältnisse in Betracht kommen. Dr. Schmitt.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seimann, Galm. Druck und Verlag der K. Verlagsbuchhandlung Galm.

Steuerabzug vom Arbeitslohn und Bewertung der Sachbezüge.

Die Verhältniszahl für Ermäßigungen beim Steuerabzug beträgt ab 25. Nov. 1923: 700 000. Der Multiplikator für Sachbezüge gegenüber den Sätzen der zweiten Septemberhälfte ab 21. November: 500 000; die volle freie Station für ein Dienstmädchen demnach monatlich 14 400 Milliarden, diejenige für einen Dienstknecht monatlich 19 200 " und für Angestellte höherer Ordnung (z. B. Ärzte, Hauslehrer) 24 000 " Nach Abhebung der Ermäßigungsbeiträge werden die einzubehaltenden Steuerbeträge auf volle Milliarden nach unten abgerundet. Weitere Auskunft erteilt das Finanzamt und das Ortssteueramt Calw. Hirsau, den 23. November 1923. Finanzamt: Voelter.

Wir kaufen laufend:
Rieferu- u. Fichtenrundholz
aller Klassen.
Robert Sprungmann, G. m. b. H.
Angebote sind zu richten an:
Einkaufsbüro und Sägewerk Wildberg Würt.
Fernsprecher Nr. 25.

Stadtgemeinde Calw.
Um den Eingang der
Karioffergelder und Pachtzinse für 1923
zu beschleunigen, hat der Gemeinderat die Stadtspflege angewiesen, bei Zahlungen, die bis 10. Dezember 1923 eingehen, für je 600 Milliarden Papiermark = 1 Goldmark abzubuchen.
Calw, den 23. November 1923.
Stadtschultheißenamt: Göhner.

Gas und Strom.
Die ab 1. Oktober ds. J. gültigen Gas- und Strompreise bleiben auch für Dezember bestehen. Es können also sofort die Bedarfsmengen für diesen Monat vorgekauft werden. Die Rückstände vom Oktober sind umgehend zu begleichen. Wertbeständige Zahlungsmittel sind erwünscht. Erwerbslosen werden die Schuldigkeiten auf Antrag ganz oder teilweise zinslos gestundet. Besonders bedürftigen Personen wird die Schuldigkeit für einen Teil des Verbrauchs erlassen.
Calw, den 23. November 1923.
Städt. Gas- und Elektrizitäts-Werk.

Bezirkshriegerverband Calw.
Aus der vom Bezirkshobmann im Vorjahre gegründeten Stiftung „Kriegerhilfe für den Bezirk Calw“, deren Vermögen am 17. ds. Mts. ungefähr 300 Billionen Mark betragen hat, sollen heuer erstmalig zu Weihnachten Spenden in der voraussichtlichen Höhe von 3,5 Billionen Mark zur Verteilung gelangen. Von den Schultheißenämtern beglaubigte Gesuche sind durch die Vereinsvorstände bis zum 8. Dezember d. J. bei dem Unterfertigten einzureichen. Nur die dringendsten Fälle können berücksichtigt werden. Die Stiftungsverwaltung: J. A.: Küche, Bezirkshobm.

Inferieren bringt Erfolg!

Zur Haarpflege
empfehlen wir
Birkenhaarwasser
Karl Otto Wagon.

Lüchiges
Mädchen
für Küche und Haushalt bei hohem Lohn (Goldmark) auf 1. Dezember gesucht.
Café Himmelstein, Pforzheim.

Hier!
in den Spalten der kleinen Anzeigen findet die praktische Hausfrau gute Gelegenheit überflüssig. Hausgerät zu verkaufen!

Im Weibnähen und Gliden
empfehlen sich
Anna Ehmert
beim Gaswerk.

Lichtspieltheater Badischer Hof.
Morgen Sonntag mittags 3 Uhr und abends 8 Uhr
Die Sekte der Geheimnisvollen
Sensationeller Abenteuerfilm in 7 Akten
mit Besprogramm.

Zu kaufen gesucht
ein fettes
Schwein
Zahlung wertbeständig, ev. Tausch gegen Holz.
Seyfried & Luz, Sägewerk, Teinach.

Ein Paar starke Läufer-Schweine
hat zu verkaufen
Jul. Schweizer, Hirsau, Göttingerhof.

Zu verkaufen
oder gegen Lebensmittel zu tauschen:
1 Zinkzuber
1 Herrenüberzieher
1 Schiffskoffer
Bischoffstraße 453, 2. St. gegenüber der Post.

Kaufe Felle aller Art
Jakob Oberhardt
Babstraße 342.

Rechnungen Briefbogen
stellt rasch und billig her die
Tagblatt-Druckerei.